

«Junge Chinesen wollen, dass sich der Staat aus dem Schlafzimmer heraushält»

Der Soziologe Wang Feng ortet in Chinas Drei-Kind-Politik erheblichen sozialen Sprengstoff

Herr Wang, China hat jüngst die Drei-Kind-Politik eingeführt. Viele Demografie-Experten sagen rückblickend, die Ein-Kind-Politik sei ein Planungsfehler gewesen. Stimmen Sie zu?

Alles in allem war die Ein-Kind-Politik ein grober Fehler. Es ist ein Mythos, dass sie eine grosse Rolle gespielt habe beim Rückgang der Geburtenrate. Demografisch gesehen war sie schlichtweg unnötig. Aber die zusätzlichen Millionen Kinder hätten China auch nicht geschadet, im Gegenteil. Die Ein-Kind-Politik hat zudem einen Schaden angerichtet, dessen Ausmass nur schwer messbar ist. Sie hat das grundlegende chinesische Sozialgefüge zerschlagen und verändert: die Familie, die Grundlage der Gesellschaft. Es gibt keinen messbaren Index für den Grad der Einsamkeit, der Verzweiflung, den psychischen Druck, unter dem Einzelkinder stehen, wenn sie allein für ihre alternden Eltern sorgen müssen, sie im Spital besuchen, pflegen. Wer kann sich da gleichzeitig noch um drei eigene Kinder kümmern?

Hat Sie die Ankündigung der Drei-Kind-Politik in China überrascht?

Dass die Drei-Kind-Politik gekommen ist, hat mich nicht überrascht. Die Resultate der Volkszählung waren der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte: Die Geburtenraten waren dieses Jahr sogar noch tiefer als vergangenes Jahr. Man muss der Regierung zugutehalten, dass sie danach rasch und richtig gehandelt hat. Aber die Art und Weise, wie die neue Regel angekündigt wurde, hat mich



«Alles in allem war die Ein-Kind-Politik ein grober Fehler.»

Wang Feng
Professor
für Soziologie,
University of California

erstaunt. Die Ankündigung erfolgte nach einer Sitzung des höchsten Organs der Kommunistischen Partei, des Politbüros. Die Botschaft war klar: Wir wollen weiterhin die Kontrolle behalten.

Wäre es nicht schlauer, es ganz den Chinesinnen und Chinesen zu überlassen, wie viele Kinder sie haben wollen?

Es ist in gewisser Weise paradox, da gebe ich Ihnen recht, wenn man bedenkt, wie ineffektiv und veraltet diese politische Massnahme in China geworden ist. Aber



Die meisten Chinesen könnten sich heute nicht vorstellen, mehr als ein Kind zu haben, sagt Wang Feng.

LINTAO ZHANG / GETTY

die chinesische Regierung hat eine lange Tradition der staatlichen Familienplanung. Sie mag es nicht, die Geburtenkontrolle aus der Hand zu geben. In dem historisch zentralisierten Staat wird die chinesische Regierung immer versuchen, die Kontrolle über verschiedene Aspekte zu behalten, die mit der Bevölkerung zu tun haben, insbesondere Migration, aber auch Heirat und Scheidung.

Sie betonen, dass der Einfluss der Ein-Kind-Politik auf die Demografie übertrieben dargestellt werde, weil die Geburtenrate schon vor der Ein-Kind-Politik markant sank. Wieso führte die chinesische Regierung sie trotzdem ein? Ab den 1960er bis weit in die 1980er Jahre dominierten auf der ganzen Welt Schreckensszenarien einer unkontrollierten Bevölkerungsexplosion. China war das grösste Land, mit hohem Bevölkerungswachstum. Man dachte, dass das unkontrolliert so weitergehen würde. Diese Auffassung hat sich tief ins Bewusstsein der chinesischen Führer eingegraben und auch der Stadtbewohner in China. Als 1980 schliesslich die Ein-Kind-Politik

landesweit eingeführt und durchgesetzt wurde, entstand ein riesiger bürokratischer Apparat. Eine halbe Million Menschen wurden dafür eingestellt. Darum wollte die chinesische Regierung die Ein-Kind-Politik nicht einfach aufgeben.

Doch jetzt wird genau das von jungen Chinesinnen und Chinesen erwartet. Es ist hier wichtig, hervorzuheben: Die Drei-Kind-Politik erlaubt es den Familien nicht bloss, drei Kinder zu haben. Die Drei-Kind-Politik soll «implimentiert» werden. Es ist das genaue Gegenteil der Ein-Kind-Politik. Alle Regierungsebenen sind aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Frauen schwanger werden: durch Unterstützung bei der Kinderbetreuung, bezahlten Schwangerschaftsurlaub, sichere Rückkehr zum Arbeitsplatz, günstigeres Wohnen, Bildungsreformen und so weiter. Die Regierung hebt hier nicht einfach eine Beschränkung auf. Sie denkt, sie könne noch immer alles steuern.

Ist es denkbar, dass die Regierung Menschen bestraft, wenn sie zu wenige Kinder haben?

Ich glaube nicht, dass die Regierung so naiv ist, die Menschen zwingen zu wollen, Kinder zu haben. Sie wird vielmehr mit Parolen und Anreizen arbeiten statt mit Bestrafungen. Denkbar ist aber, dass lokale Regierungen im Wettstreit untereinander zu solchen Massnahmen greifen. Zum Beispiel könnten Abtreibungen erschwert werden.

Das klingt nach sozialem Sprengstoff. Absolut. Die jungen Leute in heutigen China haben sich an grosse gesellschaftliche Freiheiten gewöhnt: Reisen, Geld ausgeben, ins Kino gehen oder ins Restaurant, Freunde treffen, sich verlieben. Sie Frauen schwanger werden: durch Unterstützung bei der Kinderbetreuung, bezahlten Schwangerschaftsurlaub, sichere Rückkehr zum Arbeitsplatz, günstigeres Wohnen, Bildungsreformen und so weiter. Die Regierung hebt hier nicht einfach eine Beschränkung auf. Sie denkt, sie könne noch immer alles steuern.

Interview: Katrin Büchenbacher

Zwei von drei Ausgeschafften flüchten erneut

Studie über aus Deutschland nach Afghanistan abgeschobene Männer

PAULINE VOSS

113 Afghanen hat Friederike Stahlmann nach der Ausschaffung wissenschaftlich begleitet – und damit rund 10 Prozent der gut 1000 Menschen, die Deutschland seit dem Jahr 2016 nach Afghanistan ausgeschafft hat. Mithilfe von Fragebögen und regelmässigen Gesprächen wollte die an der Universität Bern tätige Sozialwissenschaftlerin herausfinden, welche Erfahrungen die volljährigen Männer nach der Rückkehr ins Heimatland machten. Sie fand heraus, dass viele Afghanen nach der Ausschaffung ein zweites Mal fliehen. Nur einer der Befragten möchte in Afghanistan bleiben.

Rund 27 Prozent befinden sich inzwischen wieder in Europa, mehr als 40 Prozent sind nach Iran, Pakistan, in die Türkei oder nach Indien geflohen. Am längsten in Afghanistan blieben jene Flüchtlinge, die private finanzielle Unterstützung aus Deutschland erhielten. Von jenen Studienteilnehmern, die länger als zwei Monate im Land gewesen seien, hätten mehr als 90 Prozent nach der Rückkehr Gewalterfahrungen gemacht, schreibt Friederike Stahlmann.

Rückkehrer unter Verdacht

Die Studie beleuchtete auch, welchen Einfluss der Status als zurückgekehrter Flüchtling für die Sicherheit hat. So stünden die Rückkehrer in Afghanistan unter dem Verdacht, in Europa ein ausschweifendes Leben geführt und religiöse Pflichten verletzt zu haben. Exil-Afghanen würden mithilfe sozialer Netzwerke von Afghanistan aus kontrolliert: «Selbst bei Verhalten, das die Betroffenen in Europa geheim zu halten versuchen, wie Drogenkonsum oder Aufenthalt im Kirchenasyl, muss davon ausgegangen werden, dass es in Afghanistan bekannt ist.» Verhaltensänderungen – zum Beispiel Veränderungen im emotionalen Ausdruck, im Blickkontakt oder in der Gestik – würden nach der Rückkehr als Zeichen einer «Verwestlichung» gedeutet und führten immer wieder zu Übergriffen. Die Angehörigen seien ebenfalls von Gewalt bedroht, wenn sie die Rückkehrer aufnahmen.

Auch innerhalb ihrer Familie, so heisst es in der Studie, würden manche der Flüchtlinge stigmatisiert: etwa weil die Angehörigen glaubten, dass die Ausschaffung durch kriminelles Verhalten verschuldet sei. Tatsächlich schaffte Deutschland jüngst vor allem Afghanen aus, die straffällig geworden waren. Dennoch werden die Abschiebungen von linken Parteien, Kirchenvertretern und Aktivisten als inhuman kritisiert.

Die Studie wurde vom deutschen Wohlfahrtsverband der evangelischen Kirchen, von der Diakonie und vom evangelischen Hilfswerk Brot für die Welt mitfinanziert. Der Präsident der Diakonie, Ulrich Lilie, sagte nach der Veröffentlichung: «Wir gefährden sehenden Auges das Leben dieser Menschen durch Abschiebungen nach Afghanistan und setzen sie der Gefahr lebensbedrohlicher Verletzungen und Verelendung aus.» Lilie forderte einen Abschiebestopp aus Deutschland nach Afghanistan.

Festhalten an Vorgehensweise

Thorsten Frei, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sieht das kritisch. Bei abgelehnten Asylanträgen müssten weiterhin Abschiebungen durchgeführt werden: «Es muss einen Unterschied machen, ob jemand schutzbedürftig ist oder nicht. Andernfalls macht sich der Rechtsstaat unglaubwürdig und gefährdet die Aufnahmebereitschaft.» Frei hält es für inakzeptabel, dass Abgeordnete verurteilt werden, wieder nach Deutschland einzureisen. «Wird jemand nach Afghanistan zurückgeführt, dann haben diese Personen ein aufwendiges Asylverfahren und zumeist auch ein langes verwaltungsgerichtliches Verfahren hinter sich.»

Die vergessenen Toten von Neak Loeung

Die amerikanische Luftwaffe bombardierte im Vietnamkrieg aus Versehen eine kambodschanische Kleinstadt

MANFRED RIST, NEAK LOEUNG

Als Keo Chem sich bei Tagesanbruch Neak Loeung näherte, sah er nur Häuserskelette, Rauchsäulen und herumliegende Leichen. Im Zentrum des Städtchens, wo früher die Marktbuden gestanden waren, klappten nach den Explosionen tiefe Gräben. Bomben mit einem Gewicht von insgesamt 20 Tonnen waren in den frühen Morgenstunden des 6. August 1973 auf die kambodschanische Kleinstadt am Mekong gefallen.

Die Schneise der Verwüstung entlang der Hauptstrasse reichte bis zu den angrenzenden Reisfeldern. Der Bombenteppich zeichnete die Flugrichtung des amerikanischen B-52-Bombers nach. Ein Viertel der Stadt lag in Trümmern, darunter Militärunterkünfte amerikanischer Truppen von Marschall Lon Nol, dem damaligen starken Mann in Kambodscha. Die meisten Opfer aber waren Zivilisten. Noch heute rätselt man, warum die Stadt bombardiert wurde.

«Es war ein Missverständnis»

Das Brummen der schweren Bomber, die sich auf Missionen nach Vietnam befanden, kannten die Bewohner. Ständig gab es Überflüge. Auch das Brüllen amerikanischer Kampfflugzeuge, die Stellungen der Vietcong-Truppen und der Roten Khmer in grenznahen Gebieten beschossen, gehörte zum Alltag. Aber von Bomben waren die Einwohner von Neak Loeung bis dahin verschont geblieben. Das änderte sich an jenem verhängnisvollen Augustmorgen. «Es war ein Missverständnis», sagt der heute 84-jährige Chem mit fester Stimme und wachem Blick. «Ich war damals Ausbilder bei der Armee. Es gab zu jenem Zeitpunkt im Umkreis der Stadt keine grösseren gegnerischen Verbände, schon gar nicht im Zentrum.»

Keo Chem, ein grossgewachsener Khmer, der immer noch täglich seine Joggingrunden dreht, ist einer von wenigen ehemaligen Soldaten, die sich noch genau an die Tragödie an jenem Montagmorgen erinnern können. Nach dem Bombenabwurf hätten ein seltsamer Dunst und eine gespenstische Ruhe über der Stadt gelegen, sagt er. Und Konsternation: Die Explosionen kosteten 137 Personen das Leben; etwa 300 Bewohner wurden verletzt. Warum die amerikanische Luftwaffe plötzlich auch hier Bomben abwarf, habe sich niemand erklären können, erinnert sich Chem.

Fast täglich seien amerikanische Kampfflugzeuge von Militärbasen in Thailand kommend über die Stadt geflogen, erklärt er. Das hing nicht nur mit der Nähe zur vietnamesischen Grenze zusammen. Im Stadtzentrum befand sich eine «homing beacon», ein stationäres Funkfeuer. Diese Navigationshilfe sandte ein Hochfrequenzsignal aus, an dem sich Piloten und Navigatoren nachts oder bei schlechtem Wetter orientieren konnten. Die Militärflugzeuge flogen meistens Ziele im benachbarten Vietnam an, wo sie ihre Bombenlast der vorrückenden Volksarmee aus Nordvietnam und dem Vietcong, dem bewaffneten Widerstand in Südvietnam, entgegenwarfen. Mitunter bombardierten sie auch kommunistische Dschungelkämpfer im kambodschanischen Grenzgebiet.

Erschütternde Eindrücke

Die amerikanische Botschaft in Phnom Penh erklärte nach der Bombardierung von Neak Loeung, dass es in einem Dorf am Mekong zu «minimalen Gebäudeschäden» gekommen sei. Der folgenschwere Irrtum sollte der Öffentlichkeit offenbar verschwiegen werden. Er sei nicht der Rede wert, sagte ein Botschaftssprecher den Reportern, die aus der kambodschanischen Hauptstadt über den Indochinakrieg berichteten.

Es war vor allem dem damaligen Korrespondenten der «New York Times» in Kambodscha, Sydney Schanberg, zu verdanken, dass die Lüge der Militärpropagandisten aufblühte. Im 1984 erschienenen



Die kambodschanische Kleinstadt Neak Loeung, wenige Stunden nach der Bombardierung am 6. August 1973.

BETTMANN / GETTY

Dem Navigator des Bombers, der sich auf seiner ersten Kampfmision befand, unterließ ein fataler Bedienungsfehler.



NZZ / gao

Film «The Killing Fields» gibt es eine entsprechende Szene. Schanberg stellt Bob, einen Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft, zur Rede. Als Bob merkt, dass sich Schanberg nicht abwimmeln lässt, sagt er beschwörend: «Hast du schon von Pilotenfehlern gehört? So Computerprobleme? Sie haben die Koordinaten verwechselt. Eine einzige B-52 hat ihre ganze Ladung auf Neak Loeung abgeworfen.» «Wie viele Tote?», fragt Schanberg. Bob drückt herum, bis er flüstert: «Hundert.» Und schiebt dann schnell nach: «Zitiere mich aber nicht!«

Als Schanberg die 50 Kilometer ausserhalb von Phnom Penh gelegene Stadt am Tag danach aufsucht, bieten sich ihm erschütternde Bilder: Massive Zerstörungen, umherirrende Menschen, Verwüstungsgerüche aus den Trümmern und ein überfülltes kleines Spital. «Irrtümliche Bombardierung richtet Verwüstung an», titelte die «New York Times» daraufhin. Es handle sich, schrieb Schanberg, vermutlich um den bisher schwerwiegendsten Fehlabwurf im Indochinakrieg. Es war eine Hiobsbotschaft aus einem Kriegsgebiet, wo der Rückzug der amerikanischen Truppen bereits beschlossen und im Gang war. Keine Bomben aus der Luft konnten die Niederlage Amerikas mehr abwenden.

Neak Loeung ist heute ein unscheinbares Städtchen, das man von Phnom Penh aus über die Nationalstrasse 1 mit dem Auto in gut einer Stunde erreicht. Nach zwei weiteren Stunden auf der Route Coloniale gen Südosten stösst man an die vietnamesische Grenze; dort ist heute eine Sicherheitsfirma in Kambodscha. Neak Loeung kennt er von Ausflügen mit einem amerikanischen Patrouillenboot, das er nach dem Krieg erwarb und restaurierte. «Das war eine Pick-up-Crew», sagt Muller über die B-52. So wird im Militärjargon eine Besatzung genannt, die wild zusammengeführt ist. «Solche Sachen passierten damals halt», fügt er lakonisch an.

Fast ein halbes Jahrhundert ist seither vergangen. Der Fall ist nahezu vergessen. Wäre ein Gedenkstein für die Opfer vom 6. August 1973 nicht ange-messen? Der Dorfvorsteher Sor Momy wirkt ob der Frage leicht irritiert und schüttelt den Kopf. Auch der ehemalige Soldat Keo Chem hebt seine kräftige Hand – und winkt ab. «Sie wissen doch, was kurz nach dem Bombenabwurf mit diesem Land passierte», fügt er an. Er spielt an auf die viel grössere Katastrophe, die Kambodscha zwei Jahre nach dem Bombenabwurf auf Neak Loeung erfasste: die Terrorherrschaft der Khmer Rouge, die in viererhalb Jahren gegen zwei Millionen Opfer forderte.

Truppen schnürten die auf zwei Millionen Einwohner und Flüchtlinge angeschwollene kambodschanische Hauptstadt ab. Am 17. April ergaben sich die Truppen von Lon Nol. Zwei Wochen später fiel auch Saigon.

Der Marktplatz in Neak Loeung ist heute wieder ein verwirrendes Gewusel, Früchte-, Gemüse-, Fleisch- und Fischstände reihen sich aneinander, auf Schritt und Tritt reizen scharfe Gerüche die Sinne. Es fällt nicht schwer, sich gedanklich in die siebziger Jahre zurückzusetzen: Beim Anblick der wackeligen Holzhütten, der Stände und Kleinbauten kann man sich die verheerende Wirkung jenes Bombenangriffs leicht vorstellen.

Ein paar Dollar Entschädigung

Sor Momy, der damals dreizehn Jahre alt war, erlebte das Chaos hautnah. Sein Vater zählte zu den Verwundeten. Sor Momy ist heute Dorfvorsteher der Nachbargemeinde Prek Ta Sor. Er erzählt, dass die Verletzten später von den Amerikanern eine Entschädigung von je 35 000 Riel erhalten hätten, nach heutigem Umrechnungskurs 9 Dollar. Laut geheimen, mittlerweile aber veröffentlichten amerikanischen Depeschen entsprach der Betrag damals 152 Dollar oder 17 durchschnittlichen Monatslöhnen in Kambodscha. Den Angehörigen der Toten wurden 50 000 Riel ausgeteilt.

Im August, als Neak Loeung bombardiert wurde, herrschte in Kambodscha Regenzeit. Das Land liegt dann normalerweise unter dicken Wolkenschichten. Die Sichtverhältnisse müssen damals schlecht gewesen sein. Bergketten als Orientierungshilfe gibt es in diesem zentralen Landesteil nicht. Lichtet sich die Wolkendecke zwischenwider, sieht man bestenfalls ein Mosaik aus dunkelgrünen Feldern, Stümpfen und braunen Flüssen, die das Land wie Kapillaren durchziehen. Gerade zu nächstlicher Stunde lassen sich Details am Boden also kaum ausmachen. Die damalige Besatzung der B-52 musste sich folglich auf die Navigationsinstrumente verlassen.

«Solche Sachen passierten»

Eine Untersuchung der amerikanischen Luftwaffe kam noch im August 1973 zu dem Schluss, dass die unglückliche Verkettung von zwei Faktoren für die Bombardierung verantwortlich war. Ersten hatten kambodschanische Soldaten das Funkfeuer vorschriftswidrig im Stadtzentrum platziert statt in unbewohntem Gebiet. Zweitens unterließ der Navigator, der sich auf seiner ersten Kampfmision überhaupt befand, ein fataler Bedienungsfehler: Er gab in den Bordcomputer statt den Koordinaten des Angriffsziels jene des Funkfeuers ein.

«Oh, dieser Zwischenfall in Neak Loeung!» Auch der amerikanischen Kriegs-veteran John Muller erinnert sich an den Bombenabwurf. Der 74-Jährige leitet heute eine Sicherheitsfirma in Kambodscha. Neak Loeung kennt er von Ausflügen mit einem amerikanischen Patrouillenboot, das er nach dem Krieg erwarb und restaurierte. «Das war eine Pick-up-Crew», sagt Muller über die B-52. So wird im Militärjargon eine Besatzung genannt, die wild zusammengeführt ist. «Solche Sachen passierten damals halt», fügt er lakonisch an.

Fast ein halbes Jahrhundert ist seither vergangen. Der Fall ist nahezu vergessen. Wäre ein Gedenkstein für die Opfer vom 6. August 1973 nicht ange-messen? Der Dorfvorsteher Sor Momy wirkt ob der Frage leicht irritiert und schüttelt den Kopf. Auch der ehemalige Soldat Keo Chem hebt seine kräftige Hand – und winkt ab. «Sie wissen doch, was kurz nach dem Bombenabwurf mit diesem Land passierte», fügt er an. Er spielt an auf die viel grössere Katastrophe, die Kambodscha zwei Jahre nach dem Bombenabwurf auf Neak Loeung erfasste: die Terrorherrschaft der Khmer Rouge, die in viererhalb Jahren gegen zwei Millionen Opfer forderte.

Die Slowakei impft nun mit Sputnik V

Nach monatelangen Konflikten kommt der russische Wirkstoff zum Einsatz – die Nachfrage ist bis jetzt gering

IVO MÜLNSEN, WIEN

Die Slowakei hat schwierige Monate hinter sich. Die Corona-Wellen im Winter und Frühling verliefen für das ost-mitteleuropäische Land dramatisch. Es hat innerhalb der EU am viertmeisten Tote pro Kopf zu beklagen. Die Pandemie klingt nun ab, doch bei der Zahl der Geimpften liegen die Slowaken im untersten Viertel. Um das Tempo zu erhöhen, können sie sich seit Montag den russischen Wirkstoff Sputnik V spritzen lassen.

Ablaufdatum bald erreicht

Der Entscheidung, diesen nun doch einzusetzen, waren monatelange politische Turbulenzen vorausgegangen. Auf dem Höhepunkt der Pandemie hatte der damalige Regierungschef Igor Matovic in Eigenregie mit Russland über die Lieferung von Sputnik V verhandelt und im März 200 000 Dosen medienwirksam am Flughafen abgeholt. Das brachte

seine Koalitionspartner, bereits nachhaltig verärgert über vorhergehende Alleingänge und Attacken des Populisten, zur Weissglut. Matovic musste zurücktreten, in der neuen Regierung ist er nur noch Finanzminister.

Der Widerstand gegen Sputnik V hatte dabei zwei Quellen: Prowestliche Politiker wollten verhindern, dass ihr Land in das geopolitische Tauziehen rund um Russlands Impfstoff-Diplomatie hineingezogen würde. Gleichzeitig meldete die slowakische Arzneimittel-agentur Zweifel an der Qualität der gelieferten Dosen an und monierte, die Russen enthielten ihr entscheidende Dokumente vor.

Bratislava und Moskau einigten sich schliesslich darauf, die gelieferten Dosen in einem von der EU zertifizierten Labor in Ungarn prüfen zu lassen – dem einzigen Land der Staatengemeinschaft, das Sputnik V einsetzt. Da die Experten keine Probleme feststellten, gab das slowakische Gesundheitsministe-

rium grünes Licht für einen Einsatz bei 18- bis 60-Jährigen. Es steht dabei allerdings unter Zeitdruck, da die gelieferten Dosen bald ihr Ablaufdatum erreichen.

Impfwillige können nun zwischen den verschiedenen Impfstoffen wählen. Laut Medienberichten haben sich allerdings gerade einmal 2000 Personen für Sputnik V angemeldet. Vorhanden wären Dosen für 50-mal so viele Menschen. Auch das Interesse ist grundsätzlich gegeben: Eine Umfrage der Denkfabrik Globsec ergab Ende Mai, dass 15 Prozent der Slowaken sich damit impfen lassen würden.

Keine Reiseerleichterungen

Ein Faktor für die bisher geringe Nachfrage ist sicher, dass der Gesundheitsminister klargestellt hat, das Präparat aus Moskau verspreche wegen der fehlenden Anerkennung voraussichtlich keine Reiseerleichterungen innerhalb der EU. Aus diesem Grund bevorzugt

selbst Igor Matovic ein anderes Vakzin. Er kritisiert gleichzeitig die geltende Altersobergrenze für die Verwendung von Sputnik V als Manöver von «bösern Menschen, die von primitivem geopolitischem Hass getrieben sind». Hintergrund ist, dass russische Medikamente vor allem bei Menschen Vertrauen geniessen, die noch im Ostblock sozialisiert wurden und mit ihnen aufwuchsen. Die Zulassung für diese Gruppe wird nun geprüft.

Dem grundsätzlich von allen involvierten Akteuren geteilten Ziel – die Impfungen zu beschleunigen – schaden die Streitereien jedenfalls. Sie erhöhen das bereits latente Misstrauen gegenüber den Institutionen weiter. Deren mangelnde Effizienz dürfte dennoch der Hauptgrund für den langsamen Fortschritt sein: Da die Behörden bis jetzt kein einheitliches Impffertifikat ausstellen, konnten die Slowaken im Mai nicht von regionalen Reiseerleichterungen profitieren. Zudem bleibt die Verteilung der Vakzine innerhalb des Landes ein Problem.